

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die übersandten Fragen, die ich gerne als Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis 76 aus Sicht des Bundes beantworte.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Mindrup, MdB

## 1. Ortsteilübergreifend

- 1.1 Unterstützen Sie eine eventuell quotenregulierte Aufstellung und Beteiligung berufener, sachkundiger Bürger in den Ortsteilen außerhalb des S Bahnringes (alte Dörfer)?

Ihre Antwort: Gemeinsam mit der SPD Pankow setze ich mich für bessere Beteiligungsmöglichkeiten im Bezirk ein. Dabei sollen alle Bevölkerungsgruppen, Regionen und Interessen berücksichtigt werden. Dazu eignen sich Ortsteilvertretungen sehr gut. Ich habe mir die Arbeit der Bezirksausschüsse in München genau erläutern lassen. Diese sind wirklich gut arbeitende Ortsteilvertretungen, die dem Münchener Stadtrat und der Münchener Verwaltung mit viel Ortskenntnis beratend zur Seite stehen.

- 1.2 Was halten Sie von **Ortsteilvertretungen** als demokratisches Mittel?

Ihre Antwort: Wie schon unter 1.1. beschrieben halte ich Ortsteilvertretungen für ein wichtiges demokratisches Mittel zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse der Stadt. Das kann unsere Demokratie nur stärken. Daher volle Unterstützung von mir. Persönlich war ich schon Mitglied der BVV in Prenzlauer Berg vor der Bezirksfusion. Die Arbeit dort war deutlich bürgernäher als die spätere Arbeit in der BVV des Großbezirks Pankow. In einem Bezirk mit über 400.000 Einwohnern machen aus meiner Sicht deswegen Ortsteilvertretungen Sinn. Sie werden zu mehr demokratischer Teilhabe und damit besseren Entscheidungen führen.

- 1.3 Welche Ziele vertritt Ihre Partei bei der Zukunftsvorsorge der Gesellschaft und wie werden diese finanziert bzw. umgesetzt?

Ihre Antwort: Die Pandemie hat uns auch finanzpolitisch vor große Herausforderungen gestellt und gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Auf der Bundesebene habe ich mich dafür eingesetzt, dass Wirtschaft, Selbständige, Kulturschaffende und auch Familien in der Pandemie mit Finanzhilfen unterstützt werden. Weiterhin war es wichtig, den Ländern Zuschüsse für den Öffentlichen Nahverkehr zu geben, der auch stark unter der Pandemie gelitten hat und den wir aber dringend brauchen.

Mit der SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben. Stattdessen ist unsere Antwort auf diese Herausforderung ein Jahrzehnt der Investitionen und Innovationen. Jetzt ist die Zeit, um in

Maßnahmen zur Förderung der Verkehrs- und Energiewende, der Digitalisierung der Verwaltung und der Bildung sowie in bezahlbaren Wohnraum zu investieren.

Zur Finanzierung der Investitionen werden wir als SPD das aktuelle Steuersystem reformieren mit dem Ziel die Besteuerung von Einkommen gerechter gestalten. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Daher werden wir auf Bundesebene eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht.

1.4 Wie hoch ist **der Anteil der Investitionen**, die Sie unterstützen und in welchen Bereichen liegt er?

Erläuterung: Konsumption ist notwendig, sollte aber nicht zu Lasten der nachfolgenden Generationen sein.

Der Reichtum eines Landes spiegelt sich aber u.a. in der Infrastruktur.

Ihre Antwort: Wir müssen Arbeit, Wirtschaft, Klimaschutz und Innovation verbinden, um ein zukunftsfähiges und erfolgreiches Konjunktur- und Transformationsprogramm zu erreichen. Alles, was wir jetzt entscheiden, muss auch einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten.

Die Corona-Pandemie lässt politischen Unterschiede wieder deutlicher hervortreten: zurück zu einer neoliberalen Politik mittels Abbau von Umwelt- und Sozialstandards oder eine innovative, zukunftsorientierte und ökologische Investitionspolitik mit einem starken, gestaltenden Staat.

Wir brauchen z.B. massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und den Ausbau der Bahn. Dazu haben wir in der letzten Wahlperiode das Grundgesetz geändert, damit der Bund weiter die Länder bei Investitionen unterstützen kann. Weiterhin brauchen wir Investitionen in erneuerbare Energien und Wasserstoff. Ganz konkret konnte ich mithelfen, über 25 Mio. € Fördermittel für die NEB und ihre Partner für Brennstoffzellen-Züge und die Wasserstoff-Gewinnung aus Bundesmitteln nach Berlin und Brandenburg zu holen. Demnächst fahren also die Züge der NEB auf der Heidekrautbahnstrecke leiser und klimaverträglich.

1.5 Wie stehen Sie zur **Privatisierung des Berliner S-Bahn-Netzes?**

Erläuterung: Privatisierte Wasserbetriebe, Stromnetz und Wohnungsbaugesellschaften waren kein Erfolgsmodell (siehe Rückkauf und Rückkaufbegehren)

Ihre Antwort: Die Privatisierung des Berliner S-Bahn-Netzes lehne ich ab. Ein gutes Beispiel für eine gelungene Reform und eine funktionierende S-Bahn zeigt sich in Hamburg. Die praktische Erfahrung beweist, dass rollendes Material und Netz in eine Hand gehören. Ich bedauere es außerordentlich, dass keine Direktvergabe an die S-Bahn-Berlin erfolgt ist und dass die Ausschreibung in zwei Losen erfolgt. Damit besteht die Gefahr, dass zwei unterschiedliche Anbieter die Berliner S-Bahn betreiben werden, was mit Sicherheit große Abstimmungsprobleme auslösen wird. Dabei hat sich – nach der Krise der S-Bahn aufgrund der gescheiterten Bahn-Privatisierung – die Leistung der S-Bahn-Berlin deutlich verbessert. Besonders freut mich, dass die neuen S-Bahn-Züge bei Stadler in Wilhelmsruh produziert und damit gut bezahlte Industriearbeitsplätze für klimafreundlichen Transport gesichert und geschaffen wurden.

1.6 Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, den **ÖPNV** insgesamt attraktiver zu machen?

Ihre Antwort: Basis für den ÖPNV muss eine verlässliche öffentliche Finanzierung sein. Ich habe mich erfolgreich für die Erhöhung der sog. Regionalisierungsmittel eingesetzt, die vom Bund an die Länder fließen. Weiterhin haben wir den „ÖPNV-Rettungsschirm“ in der Pandemie für den Nahverkehr mit Milliarden ausgestattet, damit der ÖPNV nicht um Jahre zurückgeworfen wird. Auf Bundesebene habe ich mich weiterhin erfolgreich für die Bereitstellung von Bundesmitteln für die Bahn und die kommunale Verkehrsinfrastruktur, die Sanierung der Bahnhofsgebäude sowie den Ausbau der NEB eingesetzt.

Um den ÖPNV in Pankow attraktiver zu machen, braucht es eine engere Taktung auf den bestehenden Linien sowie den Ausbau neuer Strecken. Ich setze mich u.a. für eine beschleunigte Verlängerung der S-Bahn vom S Hohnschönhausen zum neuen Turmbahnhof Karow mit weiteren Haltepunkten ein. Wegen des Ausbaues der S-Bahn nach Bernau habe ich mich an das Bundesverkehrsministerium gewandt und hoffe, dass Berlin die notwendigen Planungen beschleunigt. Darüber hat u.a. die Berliner Morgenpost berichtet.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article232096489/Zehn-Jahre-Vorlauf-Zweites-S-Bahngleis-fuer-Pankow-nach-2030.html>

Als Ergänzung zum ÖPNV machen Ruftaxen Sinn. Ein positives Beispiel ist München. Dort kooperieren die Stadtwerke München beim sog. Isar-Tiger mit der Taxi-Innung, eine sinnvolle Kooperation statt unnötiger Konkurrenz. Dieses Beispiel sollte auf die Berliner Außenbezirke übertragen werden.

1.7 Welche Mittel halten Sie für geeignet?

(z.B. engere Taktung, flexiblere/kleinere/größere Einheiten/Trassenerweiterungen o.ä.).

Ihre Antwort: s.h. 1.6.

1.8 Wie sieht ihr last Mile Konzept aus?

Ihre Antwort: Eine Verkehrswende kann nur gelingen, wenn das Angebot stimmig ist. Wir setzen auf einen gleichberechtigten Verkehrs-Mix aus ÖPNV, Auto, Fahrrad und Fußgänger. Denn die aktuellen Verkehrsprobleme können nur durch eine intelligente Nutzung aller Verkehrsmittel gelöst werden. Dabei soll niemand bevormundet werden. Wir brauchen mehr Angebote statt Verbote.

Auf der letzten Meile zur eigenen Haustür ist das Gehen ein wichtiger Bestandteil unseres Mobilitätskonzeptes. Die Gestaltung der ersten und letzten Meile ist ein Grund, damit die Menschen vom Auto auf ÖPNV umsteigen. Wir wollen eine intelligente Mischung aus Fahrrad und Gehen. Dafür muss die Infrastruktur angepasst werden (bessere Gehwege, sichere

Fahrradabstellanlagen und Fahrradwege). An den Bahnhöfen in Buch, Karow und Blankenburg befürworten wir die Einrichtung von Fahrradparkhäusern, kombiniert mit Gewerbeeinheiten und Gastronomie in effizienter Mehrfachnutzung.

Eine Politik gegen das Auto wollen wir nicht. Ebenso wenig darf die Innenstadt zum Luxusgut werden. Wir werden deshalb eine Task-Force für die Sanierung von Brücken, Tunneln und Wegen einrichten und die Baustellenkoordination verbessern, sodass es nicht zu Mehrfacheinschränkungen für einzelne Gebiete kommt.

Carsharing-Angebote wollen wir auf ganz Berlin ausweiten und das lokale Taxigewerbe fördern. Wir entwickeln neue Angebote, wie Rufbusse als Ergänzung des ÖPNV-Angebots vor allem in den Außenbezirken, das Beispiel des Isar-Tigers aus München hatte ich schon erläutert.

1.9 Was verstehen Sie unter **ortsverträglichem Bauen** in den Dörfern wie Karow? Welche Bebauungsdichten sowie Geschoßhöhen halten Sie für angemessen?

Ihre Antwort: Diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Ich bin ein großer Anhänger von Rahmenplanungen oder Entwicklungskonzepten, die gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt werden und Festlegungen für die konkrete Situation vor Ort treffen und gleichzeitig untersuchen, welche öffentlichen Aufgaben erfüllt werden müssen. Dies ist eine Aufgabe des Bezirks. Diese Pläne müssen bei Bedarf um konkrete Bebauungspläne ergänzt werden. Ich habe im Bund die Änderung des BauGB verhandelt, die zum Zeitpunkt der Beantwortung der Fragen den Bundestag passiert hat. Die Beschlussfassung im Bundesrat steht noch aus. Durch diese Änderung des BauGB werden die Rechte des Bezirks Pankow gestärkt, z.B. Vorkaufsrechte erleichtert auszuüben oder sog. Sektorale Bebauungspläne für den Innenbereich aufzustellen. Das rechtliche Instrumentarium gibt es also, der Bezirk muss es nur stärker nutzen und braucht dafür natürlich die entsprechende personelle Ausstattung der Verwaltung.

1.10 Wie erklärt sich die Bebauung von im **Umweltatlas** ausgewiesenen höchst schützenswerten Flächen und Frischluftschneisen?

Ihre Antwort: Land Berlin und Bezirk haben die Flächen offenbar nicht planungsrechtlich geschützt. Ohne aktives Handeln von Berlin oder dem Bezirk läuft hier nichts. Ich habe mich schon vor 2,5 Jahren deutlich zum Thema Schutz der Kleingärten in Berlin öffentlich positioniert, die auch wichtig für das Stadtklima sind und freue mich, dass die Landes-SPD diese Position inzwischen auch teilt.

[www.tagesspiegel.de/berlin/wohnungsnot-in-berlin-laubenpieper-als-klimaschutzgebiete/23244464.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/wohnungsnot-in-berlin-laubenpieper-als-klimaschutzgebiete/23244464.html)

1.11 Wie wollen Sie den Neubau von Wohnraum nachhaltig gestalten, sodass Wertsteigerungen reinvestiert werden, z.B. durch Genossenschaften?

Ihre Antwort: Unsere Priorität ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums mit einem klaren Schwerpunkt auf den Bau zusätzlicher Mietwohnungen für kleine und mittlere



Einkommen. Deshalb sollen Bauanliegen und -anträge landeseigener Wohnungsbaugesellschaften, von Genossenschaften und anderen Partnern des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus beschleunigt bearbeitet werden. Die SPD sieht Genossenschaften als Partner, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und um Menschen die Möglichkeit zu geben, Teilhaber am Wohnungsunternehmen zu sein und mitbestimmen zu können. Berlins Genossenschaften haben zuletzt jährlich nur etwa 600 Neubauwohnungen errichtet. Ihr Anteil am jährlichen Neubau muss daher konsequent ausgebaut werden. Die SPD wird die Genossenschaften unterstützen, jährlich über 1.000 Wohnungen zu bauen. Dazu gehört auch die unbürokratische Vergabe von preiswerten Erbbaurechten an landeseigenen Wohnbauflächen zugunsten von Genossenschaften. Franziska Giffey, Raed Saleh und ich als Genossenschaftsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion haben gezielt das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften gesucht, um zu besprechen, wie man zukünftig – ähnlich wie in Hamburg und München – besser kooperieren kann. Dort, wo private Bauvorhaben einen Bebauungsplan erfordern, wollen wir konsequent das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung fortführen. Dies bedeutet, Planungsleistungen des Bezirks erfolgen in erster Linie für die Errichtung von Mietwohnungen mit einer Sozialquote von mindestens einem Drittel.

Mit neuen Wohnquartieren auf landeseigenen Flächen können wir nachhaltige, umweltschonende und klimagerechte Stadtentwicklung mit sozialverträglichem Wohnungsbau in Einklang bringen. Dabei geht es uns aber bei Weitem nicht nur um eine bestimmte Anzahl an Wohnungen, denn auch die nötige Infrastruktur von Schulen, Kitas, Einzelhandel, Verkehr und Arbeitsplätzen muss hier immer mitgedacht und von Anfang an errichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass im Modell der kooperativen Baulandentwicklung auch stärker darauf geachtet wird, wie bezahlbarer Mietwohnraum für mittlere Einkommen entstehen kann, dabei werden wir uns die Bedingungen für Genossenschaften genauer ansehen.

Wir setzen uns auch für eine bessere Förderung von Genossenschaftsanteilen ein.

Der Bund wird zum Jahresende über die KfW Tilgungszuschüsse für Genossenschaftsanteile einführen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Berlin die schon vorhandenen Kreditprogramme für Genossenschaftsanteile für Menschen mit geringem Einkommen mit dem Programm der KfW verzahnt, damit auch Menschen mit geringem Einkommen eine Chance haben, sich an Genossenschaftsprojekten zu beteiligen. Alternativ werden wir das Münchener Modell von Nachrangdarlehen für Genossenschaften prüfen, wenn sie Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stellen.

Wir müssen in Zukunft aber auch anders bauen. Deswegen unterstütze ich als Botschafter das Projekt Bauhaus der Erde, das u.a. vom renommierten Physiker und Klimaforscher Prof. Dr. Schellnhuber initiiert wurde -

[www.bauhausdererde.org/about](http://www.bauhausdererde.org/about)

## 2. Ortsteilorientierte Wahlprüfsteine für Karow:

- 2.1 Wie stehen Sie zur Durchsetzung des BVV Beschlusses (DRS\_VIII-0927 Bezug Rahmenplanung Karow) auf Basis des von 3500 Einwohnern getragenen Einwohnerantrages zur Sicherung der ortsüblichen Bebauung, Lösung des Verkehrs- und des Schichtenwasserproblems?

Ihre Antwort: Die SPD Pankow steht hinter diesem Beschluss und die BVV Fraktion der SPD hat diesen Antrag auch mitbeschlossen.

- 2.2 Welche ausgleichenden Maßnahmen werden zur Erhaltung der nahe gelegenen Naturräume und Feuchtbiotope in Bezug auf die 3, bereits geplanten, neuen Wohnbebauungen in Karow durchgeführt?

Ihre Antwort: Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen liegt beim Bezirk. Ich gehe davon aus, dass der Bezirk seinen gesetzlichen Verpflichtungen auch nachkommt.

- 2.3 Welche Vorteile erwarten Sie von einem **Radschnellweg** von Buch nach Karow- City und wie kann dieser verkehrssicher angelegt werden?

Ihre Antwort: Die Idee der Radschnellwege kommt aus dem Ruhrgebiet und ist dort sehr erfolgreich und hat viele Menschen zum Umstieg auf das Rad bewogen. Es ist gut, dass dies auch in Berlin kommen soll, wobei ich mir mehr Tempo gewünscht hätte. Aus meiner Sicht ist es entscheidend, dass Radschnellwege auch für die Menschen in den Siedlungsgebieten gut erreichbar sind. Da gibt es bei den Planungen beim Panketrail noch Nachholbedarf.

- 2.4 Welche Entlastungen des ÖPNV und des Individualverkehrs erwarten Sie?

Ihre Antwort: Dazu kann ich keine seriöse Prognose zur Nutzung abgeben. Wie schon beschrieben, hat sich das Konzept im Ruhrgebiet bewährt.

- 2.5 Park & Ride-Plätze – Planen Sie bestehende Plätze zu erweitern bzw. auszubauen, um z. B. den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren?

Ihre Antwort: Auch diese Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Es besteht das Risiko, dass die Plätze aus dem Umland (Tarif-Zone C) angefahren werden. Damit kann es schnell zu Überlastungen kommen. Deswegen ist eine genaue Planung und Abschätzung wichtig. Die Schweiz ist einen grundsätzlich anderen Weg gegangen. Dort gibt es einen extrem gut organisierten Busverkehr, der von den Bahnhöfen die weiter entfernten Dörfer und Wohngebiete erschließt. Diese Alternative müsste Berlin zumindest ernsthaft prüfen.



- 2.6 Was planen Sie für die Bestandsgebiete zur Umsetzung **der Kanalisations-/Abwasseranschlüsse**?  
Ihre Antwort: Die Verantwortung für die Erweiterung der Kanalisation liegt bei den Berliner Wasserbetrieben. Ich habe schon vor Jahren aufgrund von Bürgeranfragen die Wasserbetriebe auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen und mir wurde von den Wasserbetrieben ein Zeitplan übergeben. Falls eine Beschleunigung der Maßnahmen sinnvoll und möglich ist, setze ich mich gerne wieder bei den Berliner Wasserbetrieben ein. Diese sind ja inzwischen schon seit längerer Zeit wieder zu 100% im Eigentum von Berlin. Für diese Rekommunalisierung habe ich mich schon vor Jahren erfolgreich eingesetzt und freue mich, dass kein Geld der Berlinerinnen und Berliner mehr an Groß-Investoren abfließt.
- 2.7 Wie stehen Sie zur Lösung **des Schichtenwasserthemas** im Karow?  
Ihre Antwort: Die Problematik ist mir aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern bekannt. Hier liegt die klare Verantwortung bei der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr, ein sinnvolles Konzept zur Oberflächen-Entwässerung zu entwickeln und umzusetzen.
- 2.8 Welche Maßnahmen werden Sie 2022-2023 ergreifen, um kurzfristig in Karow die Pflege und Ausstattung der bestehenden **Kinderspielplätze** sicherzustellen?  
Ihre Antwort: Hierfür liegt die Verantwortung beim Bezirk. Ich setze mich im Bundestag für eine angemessene und faire Finanzierung Berlins ein. Ich setze mich auch seit vielen Jahren dafür ein, dass die Mittel auch in den Bezirken ankommen.